

# Deutscher Bundestag

## Stenografischer Bericht

### 128. Sitzung

Berlin, Mittwoch, den 29. September 2004

#### Tagesordnungspunkt 1:

Befragung der Bundesregierung: **Zwischenbilanz zum Ganztagschulprogramm der Bundesregierung** .....

11661 A

Edelgard Bulmahn, Bundesministerin  
BMBF .....

11661 B

Petra Pau (fraktionslos) .....

11662 C

Edelgard Bulmahn, Bundesministerin  
BMBF .....

11662 C

Dr. Ernst Dieter Rossmann (SPD) .....

11662 D

Edelgard Bulmahn, Bundesministerin  
BMBF .....

11663 A

Cornelia Pieper (FDP) .....

11663 B

Edelgard Bulmahn, Bundesministerin  
BMBF .....

11663 B

Werner Lensing (CDU/CSU) .....

11663 D

Edelgard Bulmahn, Bundesministerin  
BMBF .....

11664 A

Willi Brase (SPD) .....

11664 C

Edelgard Bulmahn, Bundesministerin  
BMBF .....

11664 D

Katherina Reiche (CDU/CSU) .....

11665 A

Edelgard Bulmahn, Bundesministerin  
BMBF .....

11665 B

Hans-Josef Fell (BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN) .....

11665 B

Edelgard Bulmahn, Bundesministerin  
BMBF .....

11665 C

Michael Kretschmer (CDU/CSU) .....

11665 C

Edelgard Bulmahn, Bundesministerin  
BMBF .....

11665 D

Marion Seib (CDU/CSU) .....

11666 C

Edelgard Bulmahn, Bundesministerin  
BMBF .....

11666 D

Jörg Tauss (SPD) .....

11667 A

Edelgard Bulmahn, Bundesministerin  
BMBF .....

11667 B

Dr. Gesine Löttsch (fraktionslos) .....

11667 C

Edelgard Bulmahn, Bundesministerin  
BMBF .....

11667 D

Vera Dominke (CDU/CSU) .....

11668 A

Edelgard Bulmahn, Bundesministerin  
BMBF .....

11668 B

Gesine Mulhaupt (SPD) .....

11668 D

Edelgard Bulmahn, Bundesministerin  
BMBF .....  
11668 D

Bernward Müller (Gera) (CDU/CSU) .....  
11669 B

Edelgard Bulmahn, Bundesministerin  
BMBF .....  
11669 C

Ute Berg (SPD) .....  
11670 A

Edelgard Bulmahn, Bundesministerin  
BMBF .....  
11670 A

Uwe Schummer (CDU/CSU) .....  
11670 C

Edelgard Bulmahn, Bundesministerin  
BMBF .....

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**

Grüß Gott, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Sitzung ist eröffnet.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 1 auf:

**Befragung der Bundesregierung**

Die Bundesregierung hat als Thema der heutigen Kabinettsitzung mitgeteilt: **Zwischenbilanz zum Ganztagschulprogramm der Bundesregierung.**

Das Wort für den einleitenden fünfminütigen Bericht hat die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Edelgard Bulmahn.

**Edelgard Bulmahn, Bundesministerin für Bildung und Forschung:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ stellt die Bundesregierung den Ländern bis einschließlich zum Jahr 2007 Investitionsmittel in Höhe von 4 Milliarden Euro für den bedarfsgerechten Ausbau von Ganztagschulen zur Verfügung. Damit leistet die Bundesregierung einen wichtigen Beitrag zu einer nachhaltigen Bildungsreform in Deutschland.

Ich habe dem Kabinett heute eine erste Zwischenbilanz zu diesem Ganztagschulprogramm vorgelegt. Wir können sagen, dass dieses Programm wirklich ein Erfolg ist und dass in den Städten und Gemeinden viele Schulen, sehr viele Lehrerinnen und Lehrer sowie vor allen Dingen sehr viele Eltern es nicht nur unterstützen, sondern es auch als einen ganz wichtigen Impuls für neue Gestaltungsmöglichkeiten im Schulsystem verstehen und als solchen nutzen.

Heute können wir feststellen: Mit diesem Programm haben wir der Verwirklichung unseres gemeinsamen Ziels einer besseren individuellen und vor allen Dingen auch früheren Förderung aller Schülerinnen und Schüler, das wir auch hier im Deutschen Bundestag häufig miteinander erörtert haben, den Weg geebnet und den Kindern und Jugendlichen in unserem Land bessere Bildungschancen eröffnet. Auch ist es uns mit diesem Programm gelungen, einen wichtigen Beitrag zu einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu leisten.

Im kommenden Schuljahr, dem Schuljahr 2004/2005, werden nach Auskunft der Länder in allen Regionen Deutschlands insgesamt mehr als 3 000 Ganztagschulangebote zur Verfügung stehen. Besonders erfreulich – das zeigen die Anmeldungen seitens der Länder –, finde ich, dass 88 Prozent der bisher verplanten Mittel dem Aufbau neuer Ganztagschulen und der Schaffung zusätzlicher Plätze an bestehenden Ganztagschulen dienen. Es ist uns mit diesem Programm also gelungen, das Angebot an Ganztagschulen sowie an Ganztagschulplätzen deutlich zu erhöhen.

Ein zweites erfreuliches Ergebnis, das ich hier ebenfalls darstellen möchte, ist, dass die große Mehrzahl der in den Jahren 2003 und 2004 geförderten Ganztagschulen Grundschulen waren. Das halte ich für ein sehr erfreuliches Ergebnis; denn die OECD-Studien und andere internationale Vergleichsstudien haben uns immer wieder darauf hingewiesen, dass Kinder in Deutschland keine vergleichbar guten Bildungschancen wie Kinder in anderen wichtigen OECD-Ländern haben. Um in diesem Bereich eine deutliche qualitative Verbesserung zu erreichen, ist es wichtig, gerade bei der frühkindlichen Bildung, also während der ersten Schuljahre, zu noch besseren Ergebnissen als bisher zu kommen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wirklich beeindruckend ist Folgendes: Wenn Sie Ganztagschulen besuchen – ich denke, das tun Sie genauso, wie auch ich es getan habe und tue –, stellen Sie fest, mit welchem großem Engagement

und Einsatz die Lehrerinnen und Lehrer, aber auch die Städte und Gemeinden sowie die Eltern dort eine neue Lern- und Lehrkultur entwickeln und umsetzen, wodurch sie das Ganztagserschulprogramm zu einem Schulentwicklungsprogramm machen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Das Ziel, das wir mit dem Ganztagserschulprogramm verbunden haben, nämlich einen wichtigen Impuls für die Schulentwicklung und für die Entwicklung einer veränderten Schulkultur zu geben, haben wir – das kann man schon nach einem Jahr sagen – tatsächlich erreicht.

Neben einer besseren individuellen Förderung von Schülerinnen und Schülern steht in allen Schulen das Aufbrechen des traditionellen Frontalunterrichts sowie des Fachunterrichts, der im 45-minütigen Wechsel stattfindet, im Mittelpunkt. Ziel ist die Sicherstellung einer stärkeren Verknüpfung von theoretischem Lernen mit der praktischen Anwendung des Erlernten. Man will den berechtigten Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler gerecht werden und ihre Kompetenzentwicklung in den musischen und künstlerischen Fächern ebenso wie im Sport fördern. In anderen Zusammenhängen wird immer wieder darauf hingewiesen – wir wissen das –, dass viele Kinder und Jugendliche diese Angebote dringend benötigen. Das wird in den Schulen mit großem Engagement umgesetzt.

Ich finde es sehr erfreulich, dass sich viele Schulen für Kooperationen mit außerschulischen Partnern öffnen. Das gilt sowohl für Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe als auch für Sport-, Musik- und künstlerische Vereine sowie Unternehmen.

Entgegen dem Vorurteil, ein Ganztagserschulangebot würde dazu führen, dass sich Eltern weniger um ihre Kinder kümmern, können wir feststellen, dass das genaue Gegenteil der Fall ist: Die Eltern haben ein großes Interesse an einer funktionierenden Ganztagserschule und zeigen eine große Bereitschaft zum Mitwirken. Sie bringen ihre Kompetenzen, ihr Know-how, ihre Fähigkeiten ein und gestalten gemeinsam mit den Lehrerinnen und Lehrern den Schulalltag in den Ganztagserschulen. Dies ist eine weitere Zielsetzung, die wir mit dem Ganztagserschulprogramm verbunden haben. Auch sie wird in sehr vielen Schulen verfolgt.

Kurz gesagt: Dieses Programm ist ein Erfolg. Nach einem Jahr können wir sagen, dass dieses Programm in 3 000 Schulen umgesetzt wurde. Das kann sich sicherlich sehen lassen. Das ist vor allen Dingen ein Erfolg für die Kinder und ihre Eltern. Für sie haben wir das Programm schließlich gemacht und gestartet.

Wir begleiten dieses Programm durch ein so genanntes Begleitprogramm. Die Deutsche Kinder- und Jugendstiftung ist hierbei federführend. Wir wollen inhaltliche Anstöße zur Weiterentwicklung von Unterrichtskonzepten und -modellen geben. Die Deutsche Kinder- und Jugendstiftung ist als Partner sehr geeignet, weil sie sehr viel Erfahrung hat und aufgrund ihrer Zusammenarbeit mit den Länderregierungen und der Bundesregierung fachliche Kompetenzen einbringen kann. Ich bin sehr froh, dass in 14 Bundesländern bei der Umsetzung dieses Begleitprogramms mit der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung sehr eng zusammengearbeitet wird.

Ferner wird das Programm durch die so genannte Begleitforschung ergänzt, damit wir regelmäßig Informationen über den Stand der Konzept- und Modellentwicklung aufseiten der Ganztagserschulen erhalten. Dieses Know-how wird selbstverständlich sowohl den Ländern als auch den Schulen zur Verfügung gestellt.

Vielen Dank.

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**

Ich bitte, zunächst Fragen zu dem Themenbereich zu stellen, über den soeben berichtet wurde. Die erste Frage stellt die Kollegin Petra Pau.

**Petra Pau (fraktionslos):**

Frau Bundesministerin, welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, mithilfe des Ganztagserschulprogramms oder darüber hinaus den Ansatz „Länger gemeinsam lernen“ im deutschen Schulwesen zu fördern? Unter dem Eindruck der jüngsten OECD-Studie wurde in allen Fraktionen des Hauses darüber debattiert.

**Edelgard Bulmahn, Bundesministerin für Bildung und Forschung:**

Mit dem Ganztagserschulprogramm haben wir den Rahmen und die Möglichkeit geschaffen, dass Kinder mehr Zeit haben, miteinander zu lernen, dass Lehrerinnen und Lehrer mehr Zeit haben, mit den Kindern zusammenzuarbeiten und – das sage ich ausdrücklich – individuelle Förderwege zu beschreiten und individuelle Lernangebote zu unterbreiten. Alle internationalen Vergleichsstudien

weisen darauf hin, dass der Mangel unserer Schulen gerade darin besteht, dass zuwenig individuell gefördert wird.

Darüber, ob die Kinder von den Schuljahren her gesehen länger zusammenbleiben, entscheiden die Länder, die Städte und Gemeinden und vor allen Dingen die Schulen. Allein die Tatsache, dass die Kinder über einen längeren Zeitraum des Tages miteinander und voneinander lernen, ist positiv zu bewerten. Wir wissen aus der Pädagogik und vielen sozialpsychologischen Untersuchungen, dass gerade das Miteinander-Lernen einen wichtigen Motivationsfaktor für Kinder darstellt. Diesem tragen wir durch dieses Angebot Rechnung, das, wie gesagt, von den Schulen sehr konstruktiv aufgegriffen wird.

Die Kinder nehmen die Chance, eine Ganztagschule zu besuchen, gerne wahr. In den einzelnen Bundesländern liegen bereits Umfragen darüber vor. In Rheinland-Pfalz zum Beispiel liegt die Zufriedenheit der Eltern und der Kinder mit diesen Ganztagschulangeboten bei über 80 Prozent.

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**

Die nächste Frage hat der Kollege Rossmann.

**Dr. Ernst Dieter Rossmann (SPD):**

Frau Ministerin, dieses Bundesprogramm ist ja sehr stark auf die Zusammenarbeit mit den Ländern abgestellt.

(Axel E. Fischer [Karlsruhe-Land] [CDU/ CSU]: Bei Rot-Grün sitzen sieben Leute! Das finde ich fleißig!)

– Nun lassen Sie mich doch meine Frage stellen.

Meine Fragen lauten: Welche Erfahrungen haben Sie durch die Zusammenarbeit mit den neuen Bundesländern gewonnen – dort gab es ja andere Voraussetzungen – und gibt es Länder, die sich mit der Zusammenarbeit besonders schwer tun? Sie sprachen eben an, dass zwei Länder bei dem Begleitprogramm noch nicht mitmachen. Uns würde interessieren, welche Länder sich dieser fortschrittlichen Sache verweigern.

**Edelgard Bulmann, Bundesministerin für Bildung und Forschung:**

Lieber Kollege Rossmann, Sie wissen, dass vonseiten einiger Länder noch vor ein, zwei Jahren scharfe Kritik an dieser Initiative der Bundesregierung geübt wurde. Es wurde darauf hingewiesen, diese würde in Länderzuständigkeiten eingreifen. Wir haben immer deutlich gemacht, dass wir damit keine Verlagerung von Kompetenzen für die Schulpolitik beabsichtigen bzw. verfolgen; dies wollen wir nicht. Wir wollen damit einen Anstoß für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie und für bessere Bildungschancen der Kinder in unserem Land geben.

Inzwischen ist diese Kritik, die damals von einigen von der Opposition regierten Ländern in sehr scharfer Form vorgetragen worden ist – die CDU wird sich besonders gut daran erinnern –, verstummt. Ich stelle fest, dass landauf, landab alle, egal welcher Partei sie angehören, inzwischen mehr Ganztagschulen fordern. Das ist sehr erfreulich. Diese positive Erfahrung zeigt, dass alle lernfähig sind.

Ich will ausdrücklich festhalten: Das Programm wird von allen Ländern in großem Umfang genutzt und in Anspruch genommen. Bezüglich des Begleitprogramms sind zwei Länder noch sehr zögerlich, nämlich Baden-Württemberg und Sachsen.

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**

Die nächste Frage hat die Kollegin Pieper.

**Cornelia Pieper (FDP):**

Frau Ministerin, aus dem Erzbistum Köln und vom Deutschen Arbeitskreis für Familienhilfe in Freiburg sind zum Teil erhebliche Bedenken gegen die so genannten offenen Ganztagschulen bekannt geworden.

Es heißt dort: Die bewährte Hortbetreuung wurde durch eine so genannte unzuverlässige Billigbetreuung ersetzt. Das heißt, Kommunen würden die Neueinrichtung solcher Schulen nutzen, um erheblich an Betreuungskosten zu sparen. So würde das Betreuungsangebot gerade für sozial Schwache verschlechtert.

Hält die Bundesregierung derartige Bedenken für begründet oder sind sie zerstreut worden?

**Edelgard Bulmahn, Bundesministerin für Bildung und Forschung:**

Liebe Frau Pieper, ich habe ja darauf hingewiesen, dass wir ein Begleitforschungsprogramm entwickelt haben. Diese Begleitforschung wird von einem Konsortium aus wissenschaftlich unabhängigen Instituten durchgeführt. Die Federführung hat Herr Professor Klieme.

Im Rahmen dieser Begleitforschung werden wir die unterschiedlichen Modelle von Ganztagsschulen evaluieren und analysieren. Dadurch werden wir zu einer Bewertung kommen können. Ich glaube, es ist jetzt wirklich noch zu früh, um aufgrund von Einzelfällen eine generelle Aussage zu treffen. Deshalb ist die Begleitforschung ein wichtiger Bestandteil unserer Gesamtinitiative, um mit empirisch gesicherten Erkenntnissen und Informationen eine Beurteilung vornehmen zu können.

An einer großen Zahl von Schulen hat sich gezeigt – das hat sich auch auf dem Kongress zum Thema „Ideen für mehr! Ganztägig lernen“ widergespiegelt, den wir vor knapp zwei Wochen mit einer großen Zahl von Teilnehmern veranstaltet haben –, dass wirklich das stattfindet, was ich beschrieben habe: Die gesamte Methodik und die Unterrichtsorganisation verändern sich. Der Unterricht wird mit der Zielsetzung gestaltet, die Kinder besser individuell zu fördern und ein Angebot zu schaffen, um die unterschiedlichen Fähigkeiten und Lernwege von Kindern zu berücksichtigen und aufzugreifen.

Bei einer skeptischen Bewertung würde ich dringend dazu raten, in Kooperation mit der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung die Konzepte zu verbessern und weiterzuentwickeln. Die Deutsche Kinder- und Jugendstiftung steht uns hier mit Rat und Tat zur Seite, um zu einem qualitativ guten Angebot beizutragen.

Ich will aber auch klar sagen: Die Verantwortung für die Qualität des Konzeptes der schulischen Ausbildung liegt aufseiten der Länder sowie der Städte und Gemeinden, die Verantwortung für die Schulen tragen. Diese Verantwortung kann ihnen niemand abnehmen, sondern diese müssen sie wahrnehmen. Mein Eindruck ist allerdings, dass dies von den Ländern sehr offensiv aufgenommen und versucht wird, dieses Programm tatsächlich als Schulentwicklungsprogramm zu nutzen und anzuwenden.

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**

Herr Kollege Lensing, bitte.

**Werner Lensing (CDU/CSU):**

Frau Ministerin Bulmahn, ich hatte den Eindruck, dass Sie die vermeintlichen oder echten Erfolge dieser neuen Schulform in geradezu euphorischer Weise gepriesen haben. Von daher haben Sie bei mir das Bedürfnis geweckt, Sie zu fragen: Welche Kriterien legen Sie für diese Qualitätssicherung zugrunde? In welcher Weise wurden die Ihnen offensichtlich vorliegenden Ergebnisse evaluiert? Wie wird bei aller Verantwortung der Länder zumindest aus Ihrer Sicht konkret vermieden, dass es nicht einfach bei länger geöffneten Schultoren, bei ausgeweiteten Anwesenheitspflichten für die Lehrkräfte und einer geringen Zahl von Kooperationsverträgen mit den Vereinen bleibt?

**Edelgard Bulmahn, Bundesministerin für Bildung und Forschung:**

Lieber Herr Lensing, Sie haben sicherlich Recht: Ich gehöre nicht zur Gruppe der Misanthropen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich hoffe, auch Sie nicht.

(Werner Lensing [CDU/CSU]: Das wissen Sie doch!)

Insofern freut es mich natürlich, wenn ich bei Ihnen das Bedürfnis nach Information geweckt habe.

(Jörg Tauss [SPD]: Pädagogisch wertvoll! Gut gemacht!)

Schließlich ist dies eine wichtige Voraussetzung dafür, dass Menschen bis ins hohe Alter bildungsfähig bleiben.

(Heiterkeit bei der SPD)

Ich habe vorhin darauf hingewiesen, dass wir eine Begleitforschung durch wissenschaftlich unabhängige Experten durchführen und Professor Klieme hierbei federführend ist. Wir werden selbstverständlich auch das Parlament regelmäßig über die Ergebnisse dieser Begleitforschung informieren.

(Beifall des Abg. Jörg Tauss [SPD])

Wir haben, wie gesagt, vor kurzem gemeinsam mit sehr vielen Partnern und Akteuren einen Kongress durchgeführt. Auch Vertreter der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung und eine ganze Reihe von Ländervertretern haben teilgenommen. Alle sind sich einig, dass eine Ganztagschule dazu genutzt werden soll und muss, den Unterricht so zu gestalten, wie ich es eben beschrieben habe.

Es soll nicht mehr so wie bisher ablaufen, dass 25 Kinder – womöglich noch im Frontalunterricht – auf die gleiche Art und Weise unterrichtet werden, zum Beispiel zuerst im Fach Englisch und dann in der nächsten Stunde im Fach Mathematik. Für den Lernerfolg von Kindern ist es wichtig, dass sie in Zusammenhängen lernen können, dass der projektorientierte Unterricht ein stärkeres Gewicht hat, dass Kindern individuelle Lernwege ermöglicht werden. Die 25 Kinder sollen nicht auf die gleiche Art und Weise unterrichtet, sondern sollen unterschiedlich gefördert werden.

Diese Methoden müssen aber immer zum Ziel führen, sodass beim Niveau keine Abstriche gemacht werden dürfen. Es kommt auch darauf an, dass es einen Wechsel zwischen den stärker kognitiv sowie den musisch, künstlerisch und sportlich ausgerichteten Fächern und Lernphasen gibt, wodurch die Fähigkeiten oder Kompetenzen von Kindern besser gefördert und entwickelt werden. Das zieht sich wie ein roter Faden durch die Entwicklung aller Ganztagschulkonzepte und Schulmodelle. Eine ganz große Rolle spielt der größere Anteil des – ich sage das ausdrücklich – eigenständig aktiv anwendenden Lernens; denn die PISA-Studie und andere internationale Studien haben darauf hingewiesen, dass in den bei uns üblichen Halbtagschulen Kinder zu wenig Zeit und Möglichkeiten haben, etwas Erlerntes aktiv handelnd anzuwenden, und dass das einer der Gründe dafür ist, dass das Erlernte nicht für das Leben erlernt wird, sondern oft nur für die Dauer von zwei oder drei Monaten behalten und danach wieder vergessen wird. Diese Art von Lernen ist aber nicht unser Ziel. Unser Programm ist ein wichtiger und guter Schritt, der zu einer wirklichen Veränderung unserer Schulen führt. Daher sollten wir ihn alle unterstützen und konstruktiv begleiten.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Hans-Josef Fell [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] – Jörg Tausch [SPD]: Das war eine gute Frage!)

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**  
Herr Kollege Brase, bitte.

**Willi Brase (SPD):**

Frau Ministerin Bulmahn, sowohl die PISA-Studie als auch die OECD-Studie haben auf die Verteilung der Mittel für die Bildung zwischen Grundschulen und weiterführenden Schulen, also zwischen dem Primar- und dem Sekundarbereich, hingewiesen und darin einen Mangel in unserem Bildungssystem gesehen.

Lassen Sie uns das einmal mit einem Hausbau vergleichen. Ein gutes Haus wird nur dann lange stehen bleiben, wenn das Fundament sehr stark ist. Wenn man ein Haus mit vielen Stockwerken baut, muss das Fundament größer sein. Wenn die Kritik der OECD-Studie zutreffend ist, dann muss ich fragen, ob Ihr Ansatz, mehr Mittel für das Ganztagschulprogramm zur Verfügung zu stellen, vielleicht der erste Schritt bzw. die Initialzündung ist, um das Fundament in der Bildung zu stärken,

(Werner Lensing [CDU/CSU]: Haben Sie auch eine Frage?)

das heißt, dem Bedarf der Grundschulen, in denen die Kinder zu lernen anfangen, Rechnung zu tragen.

**Edelgard Bulmahn, Bundesministerin für Bildung und Forschung:**

Lieber Kollege Brase, Sie haben völlig zu Recht gesagt, dass die OECD immer wieder darauf hinweist, dass wir im Vergleich zu anderen OECD-Staaten in den Grundschulbereich unterdurchschnittlich investieren. Deshalb bin ich sehr froh darüber, dass von den 3 000 Schulen, die uns von den Ländern gemeldet worden sind, 1 400 Grundschulen sind. Dieses Programm wird also von einer Reihe von Ländern ganz besonders stark für die Weiterentwicklung der Grundschulen genutzt. Das gilt zum Beispiel für das Land Nordrhein-Westfalen, das hier einen klaren Schwerpunkt setzt. Das ist genau richtig.

Den zweiten Schwerpunkt bildet die Sekundarstufe I. Auch dies ist sinnvoll. Wenn man die Anstrengungen im Grundschulbereich und im Bereich der Sekundarstufe I nicht verstärkt und die Schulsituation und damit die Bildungschancen nicht verbessert, dann wird vieles von dem, was wir später in der beruflichen Bildung und in der Hochschulausbildung zu verbessern versuchen, nur mit einem erheblich größeren Aufwand möglich sein. Deshalb muss man genau dort ansetzen.

Dazu gehört auch unsere Initiative zur Verbesserung der frühkindlichen Bildung und Betreuung. Ich erinnere daran, dass die Bundesregierung im Rahmen der Zusammenführung von Arbeitslosen- und

Sozialhilfe mit den Ländern und Kommunen vereinbart hat, dass die Städte, die Gemeinden und die Länder zusätzlich 2,5 Milliarden Euro erhalten, um ganz gezielt die frühkindliche Bildung und Betreuung zu verbessern. Auch das ist ein wichtiger Schritt, um das Bildungsniveau sowohl in der Breite als auch in der Spitze in unserem Land insgesamt zu verbessern.

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**

Frau Kollegin Reiche, bitte.

**Katherina Reiche (CDU/CSU):**

Frau Ministerin, auf den Internetseiten Ihres Hauses ist die Statistik zu den 2004 geförderten Schulen bzw. zu den geplanten Maßnahmen aufgeführt. Ich möchte zwei Beispiele nennen. Hessen ist mit 181 geförderten Schulen aufgelistet. Tatsache ist aber – zumindest der Hessischen Landesregierung zufolge –, dass nur 61 neue Ganztagsangebote geschaffen wurden, allerdings 254 Baumaßnahmen laufen. Für 2004 sind 191 Baumaßnahmen und 23 echte Ganztagschulen angemeldet. In Bayern sind 120 Ganztagsangebote neu eingerichtet worden; bei 255 erfolgt eine Weiterentwicklung. Sie melden hingegen 388. Heißt das, dass Sie aus jeder angemeldeten Baumaßnahme automatisch eine Ganztagschule machen oder wie kommen Ihre Statistiken zustande?

**Edelgard Bulmahn, Bundesministerin für Bildung und Forschung:**

Genau das heißt es nicht, liebe Frau Reiche. Denn wir fragen sehr konkret und dezidiert nach, wie viele Schulen durch das Ganztagschulprogramm zu Ganztagschulen aufgebaut und wie viele Ganztagschulen in diesem Zusammenhang geschaffen werden. Eine zweite Fragestellung bezieht sich darauf, wie viele Baumaßnahmen pro Schule durchgeführt werden. Wir beziehen uns auf die Schulen, die uns die Länder gemeldet haben. Das heißt, dass Sie Ihre Frage an die Länder richten müssten. Denn wenn die Länder Ihnen solche Informationen geben, dann weiß in den Landesministerien – wie in Hessen – offensichtlich die eine Hand nicht, was die andere tut.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Hans-Josef Fell [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich rate Ihnen insofern dringend: Reden Sie mit Ihren Kollegen in Hessen darüber, dass sie sich untereinander abstimmen sollten! Denn es geht nicht an, dass sie uns auf unsere sehr differenzierten Fragen – sie sind in fünf unterschiedliche Bereiche aufgeschlüsselt – völlig andere Informationen geben als Ihnen.

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**

Herr Kollege Fell, bitte.

**Hans-Josef Fell (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Ministerin, ich kann mich noch sehr gut an die Beratungen im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung im Zusammenhang mit dem Ganztagschulprogramm erinnern. Vonseiten der Union und nach meiner Kenntnis auch von einflussreichen Ministerpräsidenten der Union war eine sehr starke Ablehnung gegenüber diesem Programm zu verzeichnen.

Ich hatte vor kurzem ein interessantes Erlebnis. Bei einem Besuch des Ministerpräsidenten Stoiber in einem Ganztagsgymnasium in meinem Wahlkreis sind vor allem die von Ihnen dargestellten neuen Unterrichtsmethoden aufgefallen. Soweit ich es beurteilen kann, haben sie auch bei Ministerpräsidenten Stoiber große Aufmerksamkeit gefunden.

Ich frage Sie in diesem Zusammenhang: Gibt es schon eine Übersicht, inwiefern die Länder, die dem Programm ursprünglich ablehnend gegenüberstanden, es nun aufgreifen und zur Verbesserung der schulischen Situation nutzen?

**Edelgard Bulmahn, Bundesministerin für Bildung und Forschung:**

Lieber Kollege Fell, eine derartige Übersicht ist vorhanden und steht Ihnen zur Verfügung. Für Bayern sind uns vom Land Bayern für das Schuljahr 2003/2004 388 Schulen gemeldet worden. Damit schöpft das Land Bayern den Anteil aus, der ihm aufgrund der Schülerzahl – das ist der Berechnungsschlüssel für die Höhe der den Ländern zur Verfügung gestellten Mittel – zusteht. Das heißt, das Programm wird auch vom Land Bayern offensiv genutzt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**

Herr Kollege Kretschmer, bitte.

**Michael Kretschmer (CDU/CSU):**

Frau Ministerin, Sie haben das Ganztagschulprogramm mit den in der PISA-Studie und in der OECD-Studie aufgelisteten Defiziten begründet, die vor allen Dingen in den SPD-regierten Ländern bzw. in den Ländern aufgetreten sind, in denen SPD-Bildungspolitiker das Sagen haben. Sind Sie nicht auch der Meinung, dass dieses Programm etwas zu kurz greift? Teilen Sie nicht auch die Meinung der Experten, dass man zwar durchaus in Beton investieren könne, dass es aber besser wäre, in Köpfe oder – noch besser – in Pädagogen zu investieren?

(Ute Berg [SPD]: Platter geht es nicht!)

Geben Sie nicht im Nachhinein auch uns Recht, die wir immer wieder gefordert haben, die Mittel den Ländern zuzuweisen, damit dort Pädagogen eingestellt werden? Können Sie uns das bestätigen?

**Edelgard Bulmahn, Bundesministerin für Bildung und Forschung:**

Herr Kretschmer, das kann ich Ihnen nicht bestätigen. Auch in diesem Zusammenhang sage ich ausdrücklich: Lesen bildet.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie die OECD-Studie lesen – ich weiß, dass Sie das durchaus tun –, dann wird Ihnen bekannt sein, dass der jüngsten Untersuchung zufolge das Ganztagschulprogramm die überzeugende und uns nach vorn bringende Reforminitiative nach PISA ist.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Deshalb kann ich das, was Sie hier geäußert haben, auf keinen Fall bestätigen.

Ich denke, es ist an der Zeit, die bisherige parteipolitisch geprägte Auseinandersetzung, die in Ihrer Frage zum Ausdruck gekommen ist, ad acta zu legen; denn sie fortzusetzen dient weder den Kindern noch den Eltern. Es handelt sich im Übrigen auch nicht um ein „Betonprogramm“. Das habe ich vorhin ausführlich dargelegt. Vielmehr eröffnen wir den Städten und Gemeinden und vor allen Dingen den Schulen selber mit diesem Programm eine Chance. Ich finde es außerordentlich erfreulich, in welchem Umfang und mit wie viel Engagement diese Chance von den Lehrerinnen und Lehrern, den Eltern und den Schulen genutzt wird. Das klein zu reden dient nicht der Verbesserung unseres Bildungssystems.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Das genaue Gegenteil ist erforderlich: Dieses Programm sollte konstruktiv unterstützt werden. Jeder Abgeordnete kann das in seinem Wahlkreis tun. Ich erwarte, dass Sie genauso wie wir alle einen Beitrag dazu leisten, dass dieses Programm ein wirklicher Erfolg wird.

Lassen Sie mich noch auf einen anderen Punkt zu sprechen kommen. Weil wir wissen, dass es in den Bundesländern an Personal in den Bildungseinrichtungen mangelt, haben wir einen Vorschlag auf den Tisch gelegt, mit dem die Bundesländer – wenn sie ihn denn annähmen – endlich den finanziellen Spielraum erhielten, um mehr Lehrerinnen und Lehrer einzustellen. Ich kann es absolut nicht verstehen, warum die CDU/CSU ihrem Herzen nicht einen Stoß gibt und sagt: Wir tragen den Vorschlag mit, die Eigenheimzulage zu streichen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN – Lachen bei der CDU/CSU –  
Katherina Reiche [CDU/CSU]: Diese Mittel wollten Sie doch schon für die Grundschulen ausgeben!)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen von der CDU/ CSU, das ist die Nagelprobe, der sich niemand in diesem Haus entziehen kann. Wenn Sie es ernst damit meinen, dass uns die Bildung in unserem Land mehr wert sein muss, dann müssen Sie angesichts der Situation aller öffentlichen Kassen – ich kenne ja die Lage Ihrer Bundesländer und weiß, welche Diskussionen die Landesregierungen zurzeit führen – den Mut und die Courage haben, zu sagen: Eine Eigenheimzulage ist heutzutage angesichts der niedrigsten Hypothekenzinsen seit Jahrzehnten, des Wohnungsüberschusses in ganz Deutschland und des Bevölkerungsrückgangs nicht mehr zwingend notwendig. Zwingend notwendig sind aber mehr Mittel für Bildung und Forschung.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Herr Kretschmer, wenn Sie bedenken, dass die Bundesländer mehr als die Hälfte der durch das Streichen der Eigenheimzulage frei werdenden Mittel erhielten und so alleine im Jahr 2008 rund 30 000 Lehrerinnen und Lehrer zusätzlich einstellen könnten, dann müssen Sie sich schon ernsthaft fragen lassen, ob Sie hier der Mut verlässt oder ob Sie auf Kosten der Eltern und der Kinder Parteitaktik betreiben.



(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN – Michael Kretschmer [CDU/CSU]: Das Geld wollten Sie doch für die Forschung nehmen! Wir können das doch nicht dreimal verteilen!)

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**

Frau Kollegin Seib, bitte.

**Marion Seib (CDU/CSU):**

Frau Ministerin, in der Antwort der Bundesregierung vom 28. Februar dieses Jahres auf die Kleine Anfrage der Union haben Sie unter Ziffer 13 die grundsätzliche Zuständigkeit der Bundesländer für den Bildungsbereich bejaht. Wörtlich heißt es dort:

Die Länder und Kommunen haben die Kosten für die Erhaltung der getätigten Investitionen zu tragen.

Unter den Ziffern 12 und 8 bestätigen Sie schriftlich, dass Ihnen die zu erwartenden Folgekosten sowie die Investitions- und die Betriebskosten nicht bekannt sind. Haben weitere Gespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden – wie in Ziffer 4 dieser Antwort angekündigt – gemäß der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien stattgefunden und wenn ja, welche Ergebnisse haben diese Gespräche gebracht, um die von Ihnen dargelegten Lücken zu schließen?

**Edelgard Bulmahn, Bundesministerin für Bildung und Forschung:**

Liebe Frau Kollegin, darf ich Sie so verstehen, dass Sie jetzt für eine Bundeszuständigkeit für die Schulpolitik und insbesondere für die schulische Bildung plädieren?

(Marion Seib [CDU/CSU]: Für eine gute informierte Bundesministerin!)

Wenn es eine Bundeszuständigkeit für die Schulpolitik gäbe, dann hätten Sie Ihre Fragen zu Recht an die Bundesregierung gestellt. Tatsächlich gibt es aber eine Landeszuständigkeit für die Schulpolitik. Meines Wissens ist gerade Bayern eines der Bundesländer, die ständig mit Nachdruck auf das Erhalten der Landeszuständigkeit für die gesamte Bildungspolitik pochen. Ich muss diese Bundesländer immer darauf hinweisen, dass es in der Realität etwas differenzierter ist; denn der Bund hat die Zuständigkeit für den betrieblichen Teil der beruflichen Ausbildung und eine Mitzuständigkeit für die Hochschulausbildung.

Wir haben keine Zuständigkeit für die Schulen; das ist so. Wir haben nichtsdestotrotz die Initiative ergriffen – das ist das Recht des Bundes –, zur Bewältigung einer ganz bestimmten Aufgabe finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen. Deshalb haben wir auf der Grundlage von Art. 104 a des Grundgesetzes dieses Ganztagschulprogramm gestartet. Wir haben damit die Verantwortlichkeiten für die Schulpolitik und für Schulen nicht verändert. Sie bleiben – so wie es in unserer Verfassung niedergelegt worden ist – aufseiten der Länder. Daher müssen Sie alle Fragen, die Sie mir soeben gestellt haben, Ihren Landesregierungen stellen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Marion Seib [CDU/CSU]: Sie haben diese Gespräche angekündigt, Frau Ministerin!)

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**

Das Wort hat der Kollege Tauss.

(Zurufe von der CDU/CSU: Ganz ruhig bleiben!)

**Jörg Tauss (SPD):**

Ein wichtiger Hinweis. – Sehr geehrte Frau Ministerin, vielen Dank für Ihren interessanten Bericht. Wir haben heute Morgen eine sehr interessante Ausschusssitzung gehabt, wo der Wissensdurst der Kolleginnen und Kollegen der Union dadurch etwas konterkariert wurde, dass die von Ihnen beabsichtigte Begleitforschung – sie betrifft die Auswirkungen dieses Programms – pauschal in Bausch und Bogen abgelehnt worden ist.

Ich möchte deshalb diese Gelegenheit nutzen, Sie zu bitten, uns nochmals den Hintergrund dieser Begleitforschung zu erläutern. Außerdem frage ich Sie nach Einzelheiten dieser Begleitforschung, um deren Sinnhaftigkeit auch den Kolleginnen und Kollegen der Union zu verdeutlichen. Heute Morgen gab es zwar einen rot-grün-gelben Mehrheitsbeschluss, mit dem diese Zweifel zurückgewiesen wurden, aber vielleicht könnten wir zu noch mehr Gemeinsamkeit kommen, wenn Sie die Freundlichkeit besäßen, uns dies nochmals zu erläutern.

**Edelgard Bulmahn, Bundesministerin für Bildung und Forschung:**

Im Rahmen der Begleitforschung werden zum Beispiel unterschiedliche Ganztagschulmodelle miteinander verglichen. Es wird analysiert, zu welchen Leistungssteigerungen die einzelnen Konzepte und Modelle führen. Deshalb wird es keine einmalige Untersuchung sein, sondern im wahrsten Sinne des Wortes eine Begleitung der Schulen über einen längeren Zeitraum.

In anderen Diskussionszusammenhängen habe ich schon einmal darauf hingewiesen, dass wir in Deutschland zu wenig empirische Langzeituntersuchungen über die Entwicklung unseres Schulsystems haben. In dieser Untersuchung werden zum Beispiel die unterschiedlichen Modelle einer offenen und einer gebundenen Ganztagschule miteinander verglichen. Darüber hinaus wird die Gestaltung des Unterrichts selbst berücksichtigt, analysiert und verglichen. Das Ganze wird immer in Verbindung gesetzt zur Leistungsentwicklung der Schülerinnen und Schüler. Durch die Erkenntnisse, die wir im Rahmen des Begleitforschungsprogramms gewinnen, können wir hoffentlich einen Beitrag dazu leisten, dass sich Schulen praktisch von vornherein an Erfolg versprechenden Modellen orientieren und dass sie sie dementsprechend umsetzen.

Ich bin nicht der Auffassung – das will ich gleichzeitig sagen –, dass man *ein* Bundesmodell für alle Ganztagschulen entwickeln sollte. Wie die Unterrichtsgestaltung, die Methodik und die Didaktik, die dort eingesetzt werden, konkretisiert werden, muss vielmehr von den Schülerinnen und Schülern der jeweiligen Schule abhängig gemacht werden. Daher muss man den Schulen entsprechende Gestaltungsspielräume eröffnen.

(Jörg Tauss [SPD]: Ich nehme an, das war überzeugend! – Gegenruf des Abg. Eckart von Klaeden [CDU/CSU]: Herr Tauss, setzen Sie sich!)

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**

Frau Kollegin Löttsch, bitte.

**Dr. Gesine Löttsch (fraktionslos):**

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Frau Ministerin, ich möchte vorausschicken, dass wir von der PDS das Ganztagschulprogramm sehr unterstützen und es für einen richtigen Ansatz halten. Ich habe der Bundesregierung im März dieses Jahres eine schriftliche Frage gestellt und mich nach dem – sehr unterschiedlichen – Mittelabfluss erkundigt. In der Antwort ist ausgeführt worden, dass einzelne Bundesländer meinen, einen höheren als den jetzt vorgesehenen Landesanteil zu benötigen. Können Sie mir bitte sagen, welche Bundesländer einen höheren Bedarf angemeldet haben und ob dieser Bedarf so befriedigt wird, wie es die Bundesländer wünschen?

**Edelgard Bulmahn, Bundesministerin für Bildung und Forschung:**

Der Schlüssel, der der Verteilung der insgesamt 4 Milliarden Euro zugrunde gelegt worden ist, bezieht sich auf die Anzahl der Schülerinnen und Schüler von der ersten bis zur zehnten Klasse. Auf dieser Grundlage ist die Summe errechnet worden, die den jeweiligen Ländern für die gesamte Laufzeit dieses Programms zur Verfügung steht. Ich habe darauf hingewiesen, dass wir ein Verzeichnis der angemeldeten Mittel im Internet eingestellt haben; das heißt, Sie können dort genau sehen, wie viele Mittel von den jeweiligen Ländern angemeldet worden sind. Die Anforderungen der Länder liegen ungefähr im Bereich dessen, was ihnen für die Jahre 2003/04 zur Verfügung stehen würde.

Es ist aber in der Vereinbarung auch festgelegt worden, dass ein Land, das zum Beispiel in diesem Jahr nicht die volle Summe der ihm zustehenden Mittel abrufen, diesen Differenzbetrag nicht verliert, sondern ihn im nächsten oder übernächsten Jahr in Anspruch nehmen kann. Das heißt, der entscheidende Faktor ist die Gesamtsumme, die den Ländern zur Verfügung steht. Die Länder entscheiden selber, in welchem Jahr sie wie viele der ihnen zustehenden Mittel abrufen. Das ist auch vernünftig, weil Planung und Umsetzung in den Ländern unterschiedlich schnell stattfinden. Wir wollen ja mit diesem Programm etwas in der Sache bewegen und nicht die Länder gängeln. Deshalb ist es gut, dass wir die Vereinbarung getroffen haben, wonach die Länder selber entscheiden können, in welchem Umfang sie wann ihre Mittel abrufen.

Von der Gesamtsumme für das Jahr 2003/04 sind bereits 927 845 000 Euro von den Ländern angemeldet bzw. abgefordert worden. Das zeigt ja, dass die Mittel wirklich in dem Umfang, wie wir sie eingeplant haben, von den Ländern genutzt werden.

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**

Frau Kollegin Dominke, bitte.

**Vera Dominke (CDU/CSU):**

Frau Ministerin, ich habe noch eine Ergänzungsfrage zum Thema Begleitforschung. Sie haben das ja eingangs schon dargelegt und Herr Kollege Tauss hat es eben auch noch vertieft. In der Folie von Ihrem Haus, die an uns verteilt wurde, haben Sie den Bereich Begleitforschung mit ein paar Stichworten unterfüttert wie zum Beispiel „Unterstützung der Länder bei der dezentralen Evaluierung des Investitionsprogramms“. Mich interessiert, wie das Ministerium für Bildung und Forschung hierbei die Länder finanziell unterstützt und welche inhaltlichen und fachlichen Hilfestellungen es dabei gibt.

Außerdem ist hier die Rede von ständigem Ergebnis-transfer bzw. kontinuierlicher Dokumentation. Mich würde interessieren, wie dieser Punkt mit Forschung zusammenhängt. Natürlich sind Dokumentation und Statistik wichtig. Aber wie passt das zum Bereich Forschung und wie finanzieren Sie das im Detail?

**Edelgard Bulmahn, Bundesministerin für Bildung und Forschung:**

Zu der ersten Frage, liebe Frau Kollegin: Wir unterstützen die Länder, indem sie diese Forschungsergebnisse zur Kenntnis erhalten. Natürlich können sie, wenn sie daran Interesse haben, auch an den Programmen mitwirken. Ich habe ja vorhin gesagt, dass die Begleitforschung durch wissenschaftlich unabhängige Forschungsinstitute durchgeführt wird. Darauf lege ich auch großen Wert, dass die wissenschaftliche Unabhängigkeit gewährleistet ist. Insofern wird die Begleitforschung federführend durch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler dieser Institute durchgeführt. Natürlich profitieren auch die Länder davon. Wenn sie die Ergebnisse kennen, können sie zum Beispiel selber auch Rückschlüsse und Schlussfolgerungen daraus ziehen.

Zu dem zweiten Punkt, nach dem Sie gefragt haben, der Dokumentation: Es ist doch ein selbstverständlicher Bestandteil der Forschungstätigkeit, dass Forschungserkenntnisse und -ergebnisse dokumentiert werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Deshalb kann ich, offen gesagt, Ihre Frage nicht ganz nachvollziehen. Wenn wir Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nicht dazu verpflichtet würden, ihre Forschungsergebnisse auch zu dokumentieren – das erwarten wir ja von ihnen –, würden sie den Menschen ja gar nicht zur Verfügung stehen. Dann könnte keiner von uns davon profitieren.

(Jörg Tauss [SPD]: Nicht einmal die Union!)

Dabei ist es unwichtig, ob es sich um Bildungsforschung, um physikalische Forschung, um Forschung im Bereich der Nanotechnologie oder um Gesundheitsforschung handelt. Forschungsergebnisse werden generell immer dokumentiert.

(Vera Dominke [CDU/CSU]: Aber die Dokumentation allein kann doch nicht die Forschung sein!)

Erst dadurch sind sie ja überhaupt erst gewinnbringend. Erst dadurch können wir von ihnen profitieren. Erst dadurch werden sie nützlich.

Deshalb kann ich – das will ich noch einmal ausdrücklich sagen – Ihre Frage nicht ganz nachvollziehen.

(Eckart von Klæden [CDU/CSU]: Das erstaunt uns nicht!)

Selbstverständlich ist die Dokumentation Bestandteil eines jeden Forschungsprojektes; alles andere wäre wohl auch etwas eigenartig.

(Vera Dominke [CDU/CSU]: Bestandteil, aber nicht einziger Gegenstand!)

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe jetzt noch vier Fragestellerinnen und Fragesteller auf meiner Liste, die ich gerne noch aufrufen würde. Vielleicht kann man sich in der gebotenen Kürze äußern.

(Werner Lensing [CDU/CSU]: Das müssen Sie der Ministerin sagen!)

Die nächste Frage hat die Kollegin Multhaupt.

**Gesine Multhaupt (SPD):**

Vielen Dank. – Liebe Frau Ministerin, ich möchte eine Frage zur inhaltlichen Ausgestaltung des Ganztagschulprogramms stellen. In dem von Ihnen heute schon erwähnten Begleitprogramm ist unter anderem als Ziel formuliert, dass die Ganztagschulen auch dazu beitragen sollen, den

dramatischen Zusammenhang von sozialer Herkunft und Bildungserfolg in Deutschland zu überwinden. Meine Frage ist nun: Gibt es bei den bisher aus dem Programm geförderten Schulen bereits erste Hinweise darauf, inwieweit dieses Ziel erreicht ist? Konkret gefragt: Werden in dem hier schon mehrfach erwähnten Begleitforschungsprogramm diese Ziele mit evaluiert und wann können wir da eventuell mit ersten Ergebnissen rechnen?

**Edelgard Bulmahn, Bundesministerin für Bildung und Forschung:**

Liebe Kollegin, dieses Begleitforschungsprogramm beginnt in den kommenden Wochen. Deshalb können wir jetzt noch keine Ergebnisse der Begleitforschung vorstellen. Es gibt in einzelnen Ländern Untersuchungen; ich habe vorhin bereits auf das Land Rheinland-Pfalz verwiesen. Dort ist jetzt nach einem Jahr eine Untersuchung durchgeführt worden, die zeigt, dass in den Schulen, die zu Ganztagschulen geworden sind, eine außerordentlich hohe Zufriedenheit herrscht, und zwar sowohl aufseiten der Eltern und Schüler – ich habe vorhin darauf hingewiesen – als auch aufseiten der Lehrerinnen und Lehrer. Außerdem zeigt die Untersuchung, dass in den Schulen, die jetzt seit einem oder anderthalb Jahren Ganztagschulen sind, bei allen Schülerinnen und Schülern deutliche Leistungszuwächse erkennbar sind.

Diese Untersuchung bezieht sich aber nur auf einzelne Schulen. Umfassendere und damit auch belastbarere Aussagen werden wir erst in einiger Zeit – ich denke, in zwei, drei Jahren – zur Verfügung haben, wenn die Untersuchungen sich nicht mehr nur auf einen kleineren Raum, nämlich ein Bundesland, sondern auf große Teile der Bundesrepublik erstrecken. Die Erfahrungen erfolgreicher Bildungsnationen machen allerdings deutlich, dass es einen Zusammenhang zwischen zur Verfügung stehender Lernzeit, Unterrichtsgestaltung, individueller Förderung und Leistungserfolg und -ergebnis des Bildungssystems gibt. Sie wissen ja, dass Deutschland bei der PISA-Studie leider alles andere als gut abgeschnitten hat. Alle Länder, die sehr gut abgeschnitten haben, haben ein Ganztagschulsystem. Es ist auch klar: Eine wirkliche individuelle Förderung ist in einer Halbtagschule kaum umfassend umzusetzen; sie ist sehr schwierig zu realisieren. Das ist auch einer der Gründe, warum Eltern und Lehrer die Chance der Ganztagschule so offensiv und engagiert aufgreifen.

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**

Herr Kollege Müller, bitte.

**Bernward Müller (Gera) (CDU/CSU):**

Frau Minister, ich frage noch einmal nach, weil einige Ihrer Antworten, die die Begründung dafür sein sollen, dass wir die Ganztagschule so dringend benötigen, nicht schlüssig sind. Sie haben angeführt, um vom 45-Minuten-Takt einer Schulstunde in den gleitenden Unterricht zu wechseln, benötige man Ganztagschulen. Ich sehe das nicht so; denn ich kenne viele Schulen, die diesen Wechsel bereits heute vollzogen haben. Sie haben weiterhin gesagt, um aus dem Frontalunterricht zum Beispiel in den Projektunterricht zu wechseln, benötige man Ganztagschulen. Auch das sehe ich nicht; denn ich kenne viele Schulen, die das bereits vollzogen haben, ohne Ganztagschulen zu sein.

Ich stimme Ihnen zu, dass das Angebot der Ganztagschule für die Eltern, die Schule und Beruf miteinander vereinbaren wollen, durchaus eine Hilfe sein kann. In diesem Punkt sind wir sicherlich d'accord. Meine Frage an Sie, um das vielleicht etwas konkreter zu machen: Sehen Sie in dem Ganztagschulkonzept einen schulartenübergreifenden inhaltlichen Ansatz oder soll dieses Konzept eine neue Schulform begründen?

Meine zweite Frage bezieht sich auf die Gesamtschulen, die nach herkömmlicher Lesart bereits Ganztagschulen sind. Was müsste sich bei den Ganztagschulen angesichts der Tatsache, dass sie in den einschlägigen Studien nicht gerade gute Ergebnisse aufweisen, verändern?

**Edelgard Bulmahn, Bundesministerin für Bildung und Forschung:**

Zu Ihrer ersten Frage, Herr Kollege Müller. Sie haben eine Reihe von anderen Antworten, die ich gegeben habe, ganz bewusst nicht erwähnt. Ich habe zum Beispiel die individuelle Förderung angesprochen, die in einer Ganztagschule wesentlich besser realisiert werden kann als in einer Halbtagschule, weil mehr Zeit vorhanden ist, die Kinder individuell zu unterstützen und dafür zu sorgen, dass sie ihr Wissen in der Praxis anwenden können. Des Weiteren kann man den Unterricht in einer Ganztagschule ganz anders rhythmisieren als in einer Halbtagschule. Das ist unter Experten und Wissenschaftlern völlig unumstritten.

Es gibt ein weiteres, ganz wichtiges Argument für die Ganztagschule. Mehr als zwei Drittel aller Eltern in unserem Land wollen Ganztagschulen. Deshalb sage ich ganz ausdrücklich: Da sowohl Kinder, die in einer Ganztagschule schon gute Erfahrungen gemacht haben, als auch Eltern die

Ganztagsschule wollen, müssen die politisch Verantwortlichen dafür Sorge tragen, dass der Elternwille und auch der Wille der Schülerinnen und Schüler realisiert wird.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Zu Ihrer zweiten Frage. Das Konzept der Ganztagsschulen ist eine Chance für alle Schulformen und Schularten, weil es zu einer Änderung der Unterrichtskultur und Schulkultur führen kann bzw. in vielen Fällen bereits dazu geführt hat. Ich bin sicher, dass diese Chance von allen Schulformen genutzt werden wird.

Noch eine Anmerkung zu den Gesamtschulen. Die Welt ist nicht ganz so simpel, wie Sie sie beschreiben. Unter den Schulen, die sich im Rahmen der PISA-Studie als die besten herausgestellt haben, befindet sich eine ganze Reihe von Gesamtschulen. Es gibt aber zwischen den Schulen einer Schulart riesige Unterschiede.

(Jörg Tauss [SPD]: Ja!)

Das ist das eigentlich gravierende Ergebnis dieser Studie: Es gibt riesige Leistungsunterschiede innerhalb der Gymnasien und innerhalb der Realschulen. Dramatisch große Unterschiede bestehen also nicht zwischen den Schularten – das hätte man eigentlich erwartet –, sondern innerhalb einer Schulart. Deshalb habe ich als Bundesbildungsministerin so vehement für bundesweite Bildungsstandards und für regelmäßige Leistungsvergleiche, die schulartübergreifend sind, plädiert. Ansonsten würden wir nichts über diese großen Unterschiede erfahren. Wir müssen zu vergleichbaren Standards kommen. Alles andere ist nicht zielführend.

Ich sage noch einmal ausdrücklich: Insgesamt müssen wir das Bildungsniveau sowohl in der Breite als auch in der Spitze verbessern. Dazu können Ganztagsschulen einen wichtigen Beitrag leisten.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**

Frau Kollegin Berg, bitte.

**Ute Berg (SPD):**

Aus den Fragen einiger Kollegen der Opposition ging eine ganz gehörige Skepsis gegenüber dem Ganztagsschulprogramm der Bundesregierung hervor.

(Eckart von Klaeden [CDU/CSU]: Gegenüber der Regierung!)

Vielleicht kann man diese Skepsis ein wenig zurückdrängen, wenn man einmal über den bundespolitischen Tellerrand hinausschaut. Meine Frage lautet daher: Können Sie einmal darstellen, welche Schulsysteme es im europäischen Raum gibt und welche Parallelen zum deutschen Schulsystem möglicherweise bestehen?

**Edelgard Bulmahn, Bundesministerin für Bildung und Forschung:**

Zu den erfolgreichsten Bildungsnationen gehört Kanada. Die Bevölkerungsstruktur dort ist mit unserer durchaus vergleichbar. Und obwohl es in Kanada ebenfalls ein föderales System gibt, sind dort nationale Bildungsstandards völlig unstrittig. Es gibt auch keinen Streit um die Anerkennung von Bildungsabschlüssen. Man hat sich auf Grundzüge eines gemeinsamen Bildungssystems verständigt. Das heißt, man kann solche Strukturen in einem föderalen System auch ohne Veränderung der Zuständigkeit schaffen.

Was in diesen Ländern ebenfalls der Fall ist, ist, dass Kinder länger zusammen lernen. Wir führen diese Debatte ja auch in Deutschland. Das Entscheidende ist, dass man undogmatisch vorgeht und Schulen in einem stärkeren Maße entscheiden können – hierfür sollte mehr Offenheit gezeigt werden –, wie sie den Unterricht und die Schulabläufe organisieren.

In der PISA-Studie wurde ja neben dem in Deutschland deutlich geringeren Bildungsniveau auf den großen Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungschancen hingewiesen. Es ist wirklich erschreckend – das müssen wir für Deutschland insgesamt konstatieren; das gilt zum Beispiel aber auch im Land Bayern –, dass ein Kind aus einer bildungsferneren Familie sechsmal schlechtere Chancen hat, das Abitur, den höchsten Schulabschluss, zu erreichen, als ein Kind aus einer Akademikerfamilie – und dies bei gleicher schulischer Leistung, bei gleichen schulischen Kompetenzen. Das ist ein wirklich erschreckendes Ergebnis.

Deshalb ist die individuelle Förderung ein wichtiger Punkt. Ein Umdenken ist in unseren Schulen zwingend geboten und notwendig, damit die Bildungschancen nicht von der familiären Herkunft abhängig sind, sondern damit jedem Kind Chancen eröffnet werden und man als Kind bzw.

Jugendlicher nicht in Schubladen einsortiert wird. Diesen Mentalitätswandel benötigen wir in unserem Schulsystem und in unserem Bildungssystem generell.

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**  
Die letzte Frage hat der Kollege Schummer.

**Uwe Schummer (CDU/CSU):**

Frau Ministerin, das Ganztagschulprogramm beinhaltet ja zunächst einmal eine Anschubfinanzierung. Die weiteren Kosten, zum Beispiel für das Personal, tragen darüber hinaus dauerhaft die Länder. Gibt es in Ihrem Ministerium Modellrechnungen darüber, wie die Kostenrelation zwischen Bund und Ländern im Hinblick auf die neue Ganztagschule aussieht? Gibt es neben der Streichung der Eigenheimzulage irgendeine zweite innovative Idee, wie der Bund die Länder für die Bewältigung dieser Aufgabe finanziell besser stellen kann?

(Jörg Tauss [SPD]: Die Würdigung als innovative Idee finde ich gut!)

**Edelgard Bulmahn, Bundesministerin für Bildung und Forschung:**

Lieber Herr Schummer, ich verstehe Ihre Ausführungen so, dass Sie der ersten innovativen Idee, der Streichung der Eigenheimzulage, zustimmen. Das freut mich außerordentlich.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Das ist eine innovative Idee – da haben Sie völlig Recht –, mit der wir den Ländern – ich habe vorhin da-rauf hingewiesen – erhebliche finanzielle Spielräume für die Beschäftigung zusätzlicher Lehrerinnen und Lehrer eröffnen. Wir haben uns also durchaus Gedanken darüber gemacht, wie man die Länder unterstützen kann, damit sie finanzielle Spielräume erhalten, die notwendig sind, um das Bildungssystem zu verbessern. Es ist sicherlich richtig, dass für eine Ganztagschule mehr Lehrerinnen und Lehrer erforderlich sind. Dabei kommt es sehr auf die einzelne Schule an. Darüber hinaus ist aber auch wichtig, dass wir bereit sind, mehr in die Bildung zu investieren. Das ist eine zwingende Notwendigkeit, zu der es keine Alternative gibt.

Die Modellrechnungen fallen je nach Schulform und Schulart sehr unterschiedlich aus. Wir haben schon jetzt in den einzelnen Ländern ganz unterschiedliche Regularien sowie in den jeweiligen Schulformen unterschiedliche Schulzeiten. Deshalb kann es keine Generalformel geben. Die Entscheidung liegt bei den Ländern. Wir schreiben den Ländern ja auch nicht vor, in welcher Höhe sie Mittel für die einzelne Schule abrufen dürfen. Auch das liegt in der Entscheidungskompetenz der Länder.

Ich jedenfalls will keine Detailsteuerung der Schulen und der Länder. Wenn man das wollte, dann müssten wir darüber eine weitere Diskussion führen. Ich würde das für falsch halten. Wir eröffnen mit dem Ganztagschulprogramm den Schulen und den Ländern Gestaltungsspielräume. Es kommt darauf an, diese offensiv zu nutzen.

Wie gesagt, wenn wir Ihre Zustimmung für die Streichung der Eigenheimzulage erhalten, dann bin ich jederzeit gerne bereit, mit Ihnen über eine zweite innovative Idee zu sprechen. Das sichere ich Ihnen zu.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**  
Vielen Dank, Frau Ministerin.

Gibt es Fragen zu den anderen Themen der heutigen Kabinettsitzung? – Das ist nicht der Fall. Gibt es darüber hinaus Fragen an die Bundesregierung? – Auch das ist nicht der Fall. Damit beende ich die Befragung.